

PERSONALRATSWAHL 2024



Verlässlich

Nahbar

Stark

Beherzt

Erfolge:

- Erhöhung der Vollzugszulage
- A9-Alimentation (100,- € pro Kind auch für A 9)
- Erhaltung des Anwärter-sonderzuschlags
- Erhöhung des Dienstbekleidungs-zuschuss
- Erstausrüstung für Dienst-anfänger mit Dienstbekleidung i. H. v. 600,- €
- Anhebung der Stellenobergrenze A9 von 25% auf 40%
- Externe Personalbedarfs-berechnung

Ziele:

- Ausschöpfung der Stellenobergrenzenverordnung
- Erhalt des Anwärtersonderzuschlages über 2026 hinaus
- Erhöhung der Erschwerniszulage bei Dienst zu ungünstigen Zeiten
- Umsetzung des Ergebnisses der Personalbedarfsberechnung
- Erweiterung der Erfahrungsstufen in der Besoldungstabelle
- Anpassung des Überbrückungsgeldes

VNSB wählen: Auf die Zukunft zählen!

Personalratswahlen 2024; am 27. Februar wird gewählt.
Ja zum VNSB / Ja zur Mitbestimmung

www.vnsb.de





**OV Göttingen – Demo
23.11.2023**

Seite 15



**OV Ostfriesland – Demo
23.11.2023**

Seite 17



**OV Uelzen –
Demo Hannover**

Seite 24

IMPRESSUM

Herausgeber

VNSB
Berliner Ring 14 · 27432 Hipstedt
Homepage: www.VNSB.de

Layout & Druck:

MegaDruck GmbH & Co. KG
Am Haferkamp 4 · 26655 Westerstede
www.megadruck.de

Der Preis ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Für unverlangt eingesandte Manuskrip-
te wird keine Haftung übernommen,
sie können nur zurückgegeben werden,
wenn Rückporto beigelegt ist. Nament-
lich gekennzeichnete Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung des VNSB wie-
der. Der VNSB übernimmt für Anzeigen
keine inhaltliche Verantwortung.

**Redaktionsschluss
für die Ausgabe 1/2024:
März 2024**

Landesvorstand

| | |
|--|----|
| Wahlaufruf zur Personalratswahl | 3 |
| Wahlwerbung – nicht alles ist erlaubt..... | 4 |
| VNSB-Kandidaten für den HPR..... | 5 |
| Wie muss auf Eurer Dienststelle gewählt werden?..... | 6 |
| Bericht zur Videokonferenz mit dem nbb..... | 10 |

Ortsverbände

| | |
|-------------------|----|
| Emsland | 13 |
| Göttingen..... | 14 |
| Ostfriesland..... | 17 |
| Sehnde..... | 20 |
| Uelzen | 21 |

Sonstiges

| | |
|--|----|
| Impressum..... | 2 |
| Termine | 20 |
| Änderungsmitteilung..... | 26 |
| Fachgruppenvertreter..... | 26 |
| Landesvorstand / Ortsverbandsvorsitzende | 27 |

**Diese Zeitschrift bitte aus Datenschutzgründen
nicht an Inhaftierte weitergeben!**

VERBAND NIEDERSÄCHSISCHER STRAFVOLLZUGSBEDIENSTETER
-Fachgewerkschaft im niedersächsischen Justizvollzug-



Wahlaufruf zur Personalratswahl 2024

Kolleginnen und Kollegen der nds. Justizvollzugseinrichtungen

am 27. Februar 2024 stehen in den nds. Justizvollzugsanstalten, der Jugendanstalt, der Jugendarrestanstalt und dem Bildungsinstitut die Personalratswahlen an.

Unsere Fachgewerkschaft, der **Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter** ruft interessierte Mitglieder auf, sich für den **VNSB** aufstellen zu lassen.

Alle Kolleginnen und Kollegen sind aufgerufen, sich an der Wahl zu beteiligen um insgesamt eine hohe Wahlbeteiligung zu erzielen.

Wichtig! Eure Stimme für den VNSB im Hauptpersonalrat! Der **VNSB** ist die einzige Justizvollzugsfachgewerkschaft im HPR!

Verlässlich, Nahbar, Stark, Beherzt

Euer Landesvorstand vom **VNSB**

Wahlwerbung – nicht alles ist erlaubt



Wahlkampf zur Personalratswahl – was ist erlaubt?

Wahlwerbung bei der Personalratswahl ist grundsätzlich erlaubt. Wie die Kandidaten dabei für sich werben, ist ihnen selbst überlassen, solange es dabei nicht zu Störungen des Dienstablaufs kommt. In Betracht kommt insbesondere der Aushang von Werbeplakaten und die Verteilung von Flyern.

Wahlwerbung darf allerdings nicht gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen, genauso wenig gegen dienstrechtliche Pflichten.

Die Wahlwerbung darf daher zum Beispiel keine beleidigenden Inhalte haben, denn dabei handelt es sich um einen Verstoß gegen Strafgesetze.

Wichtig! Wahlwerbung während der Dienstzeit ist nur dann möglich, wenn diese den Dienstablauf nicht wirklich stört. Hierzu gehört zum Beispiel das Verteilen von Handzetteln oder das Verschicken von E-Mails. Mit Kollegen/innen lange Gespräche führen, Vorträge halten oder Bedienstete für eine erhebliche Zeit von ihrem Dienst abzuhalten dagegen nicht.

Erlaubt ist daher zum Beispiel

- das Verteilen von Handzetteln während der Dienstzeit, wenn der Dienstablauf nicht gestört wird
- der Aushang von Wahlplakaten

Die Nutzung des Intranets oder dienstlicher E-Mails zur Wahlwerbung ist umstritten. Soweit die Möglichkeit durch den Dienstherrn eingeräumt wird, muss dies allerdings allen Bewerbern ermöglicht werden. Um hier Problemen vorzubeugen, kann diese Frage vorher mit dem Dienststellenleiter geklärt werden.



Die Dienststellenleitung unterliegt im Rahmen der Personalratswahl einer absoluten Neutralitätspflicht. Sie darf in diesem Zug keine Kandidaten bzw. Gruppen fördern, die ihr als besonders „arbeitgeberfreundlich“ erscheinen oder andere Bewerber benachteiligen.

Dies stellt eine Benachteiligung oder gar Behinderung anderer Mitstreiter dar, was als Verstoß gegen die Wahlvorschriften gewertet werden und zur Anfechtung der Wahl führen kann.

Eure Kandidaten für den Hauptpersonalrat



Oliver Mageney
Listenplatz 1
JVA Bremervörde



Claudia Heil
Listenplatz 1a
JVA Sehnde



Sascha Wand
Listenplatz 2
JVA Wolfenbüttel



Eveline-Rebeka Makrai
Listenplatz 2a
JVA Sehnde



Ralf Schlütemann
Listenplatz 3
JVA Uelzen



Maria Krieger
Listenplatz 3a
JVA Lingen



Ali Sürmeli
Listenplatz 4
JVA Lingen



Dorina Vasel
Listenplatz 4a
JVA Celle



Axel Elster
Listenplatz 5
JVA Vechta



Katharina Starke
Listenplatz 5a
JA Hameln



Marcus Baum
Listenplatz 6
JA Hameln



Juliane Zschippang
Listenplatz 6a
JVA Hannover



Rüdiger Giermann
Listenplatz 7
JVA Hannover



Sarah Berliner
Listenplatz 7a
JVA Rosdorf



Oliver Weßling
Listenplatz 8
JVA Oldenburg



Maria Graf
Listenplatz 8a
JVA Uelzen



Jörn Galander
Listenplatz 9
JVA Rosdorf



Julia Serwotki
Listenplatz 9a
JVA Uelzen



Dirk Hennies
Listenplatz 10
JVA Sehnde



Mandy Kemper
Listenplatz 10a
JVA Meppen



Volker Bothe
Listenplatz 11
JVA Celle



Laura Sophie Husen
Listenplatz 11a
JVA Uelzen



Marc Weiland
Listenplatz 12
JVA Rosdorf



Dirk Gründel
Listenplatz 13
JVA Hannover



Jacek Szymanski
Listenplatz 14
JVA Sehnde



Ronny Dürr
Listenplatz 15
JVA Uelzen



Horst Peltzer
Listenplatz 16
JVA Wolfenbüttel



Rainer Schimmel-penning
Listenplatz 17
JVA Oldenburg



Torsten Freericks
Listenplatz 18
JVA Meppen



Hartmut Kampel
Tarif
JVA Sehnde

Laura Sophie Husen
Listenplatz 11a
JVA Uelzen

Personenwahl oder Listenwahl: Wie muss auf Eurer Dienststelle gewählt werden?

Die verschiedenen Wahlsysteme bei der Personalratswahl im Überblick

Personenwahl oder Listenwahl: Wie soll (oder muss) der neue Personalrat gewählt werden? Diese spannende Frage stellen sich nicht nur die Mitglieder des Wahlvorstands, sondern vor allem Bedienstete, die selbst bei der **Personalratswahl kandidieren** möchten.

Für beide Verfahren gibt es Argumente und Gegenargumente. Aber: Haben Sie überhaupt Einfluss auf das **Wahlsystem**? Ein Überblick über die wichtigsten Fragen zu **Personenwahl** und **Listenwahl**.

Was ist der grundlegende Unterschied zwischen einer Personenwahl und einer Listenwahl?

Bei einer Listenwahl hat jeder Wähler genau eine Stimme, die er einer Liste als Ganzes geben kann. Im Gegensatz dazu haben Wähler bei der Personenwahl jeweils so viele Stimmen wie Personalratsmitglieder zu wählen sind. Wenn das künftige Personalratsgremium neun Mitglieder haben wird, können die Wähler (müssen aber nicht) neun Stimmen abgeben. Bei der Personenwahl werden also einzelne Kandidaten gewählt, bei der Listenwahl eine komplette Liste.

Wer entscheidet darüber, ob eine Personenwahl oder eine Listenwahl stattfindet?

Die einzig richtige Antwort darauf lautet: Niemand! Weder der Wahlvorstand, noch die Kandidaten, noch die Dienststelle oder sonst jemand kann im Vorfeld frei darüber entscheiden, ob es zu einer Listenwahl oder einer Personenwahl kommt.

Oft besteht der Wunsch, dass die Personalratswahl als Personenwahl durchgeführt wird. Der Vorteil: Wähler können genau diejenigen Kandidaten wählen, die sie überzeugt haben (und müssen nicht eine „Liste“ ganz oder gar nicht ankreuzen). Und mit mehreren zu vergebenden Stimmen können auch feinere Abstufungen getroffen werden als mit einer einzigen Stimme. Aber auch die Listenwahl hat ihre Vorzüge: Gerade „Newcomer“ haben bei

der Listenwahl eher eine Chance, gegenüber den altbekannten, etablierten Persönlichkeiten zu punkten.

All diese Überlegungen spielen aber keine Rolle: In erster Linie entscheidet die *Verfahrensart* über die Form der Stimmabgabe:

- **Im vereinfachten Wahlverfahren** (bis 100 Mitarbeiter, bzw. bis 200 Mitarbeiter bei besonderer Vereinbarung) ist zwingend die Personenwahl vorgeschrieben.
- **Im normalen Wahlverfahren** kommt es darauf an, wie viele Vorschlagslisten eingereicht werden: Bei mehreren gültigen Wahlvorschlägen ist zwingend die Listenwahl vorgeschrieben. Liegt dagegen nur eine einzige gültige Vorschlagsliste vor, dann ist zwingend die Personenwahl vorgeschrieben.

Somit können weder der bestehende Personalrat noch der Wahlvorstand vorab festlegen, in welchem Wahlsystem gewählt werden soll.

Wie muss eine Vorschlagsliste aussehen?

In beiden Verfahrensarten erfolgt die Kandidatur in Form von Vorschlagslisten – also nicht nur bei der Listenwahl, sondern ebenso bei der Personenwahl. Wie viele Kandidaten auf einer Liste stehen, ist egal: Hier kann nur ein einziger Bediensteter stehen oder auch mehrere. Pro Vorschlagsliste (unabhängig davon, wie lang diese ist) muss die nötige Anzahl von Stützunterschriften vorliegen.

Im normalen Wahlverfahren müssen die Kandidaten in einer erkennbaren Reihenfolge auf der Wahlvorschlagsliste aufgeführt sein. Denn falls auch nur eine einzige weitere Liste eingereicht wird (was zum Zeitpunkt der>Listenerstellung noch niemand sicher wissen kann), kommt es zur Listenwahl. Dann ist die Reihenfolge der Kandidaten pro Liste ganz entscheidend für die Chancen jedes Bewerbers, in den Personalrat gewählt zu werden oder nicht.

Bleibt es bis zum Ende der Einreichungsfrist bei nur einer Vorschlagsliste, dann findet zwar eine Personenwahl statt, die Kandidaten werden aber in genau der gleichen Reihenfolge auf den Stimmzettel zur Wahl gesetzt, wie sie auch auf der Vorschlagsliste aufgeführt waren. Hier dürfen Sie als Wahlvorstand auf keinen Fall umsortieren!

Im vereinfachten Wahlverfahren spielt es dagegen keine Rolle, ob eine oder mehrere Vorschlagslisten eingereicht werden. Alle Kandidaten von sämtlichen Vorschlagslisten werden vom Wahlvorstand alphabetisch sortiert auf den Stimmzettel gesetzt. Daher ist beim Aufbau der einzelnen Vorschlagslisten die Reihenfolge der Kandidaten auch nicht wichtig.

Was bedeuten die Unterschiede für den Wahltag?

Die Unterscheidung zwischen Listenwahl und Personenwahl wirkt sich am Wahltag auf die **Form der Stimmzettel** und die **Anzahl der zu vergebenden Stimmen** aus.

Im Fall der Listenwahl sind auf den Stimmzetteln die einzelnen Listen aufgeführt. Die Reihenfolge, in der die Listen auf dem Stimmzettel erscheinen, ermitteln Sie als Wahlvorstand im Losverfahren. Außer dem Listenkennwort werden jeweils nur die ersten beiden Kandidaten pro Liste genannt (auch wenn die Liste eigentlich viel länger war). Jeder Wähler hat genau eine Stimme, die er einer Liste geben kann.

Bei der Personenwahl finden sich sämtliche Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge auf dem Stimmzettel. Jeder Wähler hat so viele Stimmen, wie Personalratsmitglieder zu wählen sind. Es müssen allerdings nicht alle Stimmen genutzt werden. Pro Kandidat kann jeweils nur eine Stimme vergeben werden. Eine Häufung mehrerer Stimmen auf nur einen einzigen Bewerber bringt nichts: Dies zählt trotzdem nur als eine Stimme.

Welche Auswirkungen haben die Wahlsysteme auf die Sitzverteilung im Personalrat?

Wie die Sitze nach der Wahl im Personalrat verteilt werden, unterscheidet sich maßgeblich – je

nachdem, ob als Personen- oder als Listenwahl gewählt wird.

- Bei der Personenwahl werden die Sitze entsprechend der erreichten Stimmenzahl auf die einzelnen Wahlbewerber verteilt. Es kommen also die Personen in den Personalrat, die die meisten Stimmen erhalten.

Achtung:

Hier kann es aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestsitze für das Geschlecht in der Minderheit zu Verschiebungen bei der Sitzverteilung kommen.

- Bei der Listenwahl ist das Ganze etwas komplizierter: Da hier jeweils nur eine Stimme für eine bestimmte Liste abgegeben wird, müssen die Wählerstimmen in Personalratssitze „umgerechnet“ werden. Dies erfolgt bei den Personalratswahlen nach dem sog. d'Hondtschen Höchstzahlensystem. Dabei werden die Stimmen, die auf jede Liste entfallen, nacheinander durch 1, 2, 3 usw. geteilt. Die letzte Zahl, durch die geteilt wird, entspricht der Anzahl der zu vergebenden Sitze. Auf diese Weise werden so viele Höchstzahlen ermittelt, wie Sitze im Personalrat zu vergeben sind. Anschließend werden die auf die einzelnen Listen entfallenden Höchstzahlen und damit die Sitzverteilung festgestellt.

Beispiel:

Eine Dienststelle beschäftigt 150 Bedienstete, davon 50 Frauen und 100 Männer. Es sind also 7 Personalratssitze zu vergeben, von denen auf das Geschlecht in der Minderheit (hier die Frauen) mindestens 2 entfallen müssen.

Zur Wahl stehen drei Vorschlagslisten mit folgenden Bewerbern:

| Liste I | Liste II | Liste III |
|-----------|----------|-----------|
| Anton | Gabriele | Marcus |
| Benedikt | Hannah | Norbert |
| Claudia | Ingo | Oliver |
| Daniela | Julian | Paul |
| Erwin | Klaus | |
| Ferdinand | Lars | |

Für Liste I haben insgesamt 80 Wähler, für Liste II 50 Wähler und für Liste III 20 Wähler gestimmt.

Wie viele Personalratssitze auf welche Liste entfallen, bestimmt sich wie folgt:

| Liste I = 80 Stimmen | Liste II = 50 Stimmen | Liste III = 20 Stimmen |
|-------------------------|--------------------------|---------------------------|
| 80 : 1 = 80 | 50 : 1 = 50 | 20 : 1 = 20 |
| 80 : 2 = 40 | 50 : 2 = 25 | 20 : 2 = 10 |
| 80 : 3 = 26,7 | 50 : 3 = 16,7 | 20 : 3 = 6,7 |
| 80 : 4 = 20 | 50 : 4 = 12,5 | 20 : 4 = 5 |
| 80 : 5 = 16 | 50 : 5 = 10 | 20 : 5 = 4 |
| 80 : 6 = 13,3 | 50 : 6 = 8,3 | 20 : 6 = 3,3 |
| 80 : 7 = 11,4 | 50 : 7 = 7,1 | 20 : 7 = 2,9 |

Die sieben Höchstzahlen betragen also: 80, 50, 40, 26,7, 25, 20 und nochmal 20.

Demnach sind auf der Liste I vier Höchstzahlen und somit vier Personalratssitze, auf Liste II zwei Höchstzahlen und damit zwei Sitze und auf Liste III eine Höchstzahl und damit ein Sitz.

Welche der Kandidaten innerhalb der einzelnen Listen diese Sitze bekommen, richtet sich nach der Reihenfolge, in der diese auf der Liste stehen.

In diesem Beispiel sind daher folgende Personen in den Personalrat gewählt:

- Aus Liste I: Anton, Benedikt, Claudia und Daniela
- Aus Liste II: Gabriele und Hannah
- Aus Liste III: Markus

Damit besteht der Personalrat aus drei Männern und vier Frauen. Die aus § 15 Abs. 2 erforderliche Mindestsitzzahl für das Geschlecht in der Minderheit ist in diesem Fall erfüllt.

Beachtet:

In diesem Beispiel ist keine Korrektur des Wahlergebnisses nötig, da das Minderheitengeschlecht aufgrund des Wahlergebnisses bereits ausreichend im Personalrat vertreten ist. Je nach Zusammensetzung der Listen kann es aber auch hier aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestsitze für das Geschlecht in der Minderheit zu Verschiebungen bei der Sitzverteilung kommen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen

Im Februar 2024 finden die Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung statt.

Der Landesvorstand des VNSB möchte auf diesem Wege alle jungen Kolleginnen und Kollegen ansprechen und dazu anregen, sich für die JAV zur Verfügung zu stellen.

An alle Bedienstete: bitte unterstützt unsere jungen Kolleginnen und Kollegen, wenn sie sich bereit erklären, in diesem Gremium verantwortlich mitzuarbeiten.

Der Landesvorstand des VNSB





KÄMPFEN LOHNT SICH!

VNSB bringt 70 Beförderungsstellen
in den Haushalt 2024

22 Stellenhebungen von A9 nach A9Z
48 Stellenhebungen von A8 nach A9

Verlässlich - Nahbar - **S**tark - **B**eherzt
für **E**uch!

Nähe ist unsere Stärke!



Bericht zur Videokonferenz mit dem nbb

Hallo Kolleginnen und Kollegen,

in der Videokonferenz mit dem 1. Landesvorsitzenden des Niedersächsischen Beamtenbundes und Tarifunion (nbb), Alexander Zimbehl, am Donnerstag den 12.10.2023 wurden die Forderungen der Gewerkschaften zu den demnächst beginnenden Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TV-L) bekannt gegeben:

Unsere Forderungen zur Einkommensrunde 2023 mit der TdL:

- Die Tabellenentgelte Der Beschäftigten sollen um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro monatlich erhöht werden.
- Die Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen / Praktikanten sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden.
- Laufzeit 12 Monate.
- Unbefristete Übernahme in Vollzeit der Auszubildenden und Dual Studierenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung.

(s. Anlagen: 23_10_11_Forderungsbeschluss_dbb_zur_TdL-Einkommensrunde_2023 und 23_10_11_dbb_Einkommensforderung_an_TdL_2023_Kurzerläuterung).

Ganz wichtig für die Durchsetzung der Forderungen ist von Allen, sowohl den Tarifbeschäftigten als auch den Beamten, die Bereitschaft diese auf den folgenden Aktionen zu unterstützen:

- 1.) Samstag der 11.11. um 12:30 Uhr, Großdemonstration in Osnabrück,



- 2.) Donnerstag der 23.11. um 13:00 Uhr, Großdemonstration in Hannover.

sowie noch innerhalb der Friedenspflicht und daher keine Streiks

- 3.) Dienstag der 24.10 um 10:30 Uhr „???“ der Gewerkschaft für das Gesundheitswesen (GeNi) in Mohringen,

- 4.) Montag der 30.10. zwischen 10 und 10:30 Uhr ein „Brückentag“ an der Huntebrücke B212 in Berne - Elsfleth bei Bremen durch die Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten (VDStra).

Genauere Angaben zu Treffpunkten und weiteren Informationen werden noch bekanntgegeben und durch unseren **VNSB** koordiniert.

mit kollegialen Grüßen

Hartmut Kappel

Fachgruppenvertreter der Tarifbeschäftigten im **VNSB**

**Einkommensrunde 2023 mit der
Tarifgemeinschaft deutscher Länder**

**Forderungsbeschluss der dbb
Bundestarifkommission**

Die Gewerkschaften fordern 10,5 Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 500 Euro mehr für die rund 1,1 Millionen Tarifbeschäftigten der Länder. Das teilten Verdi und der Beamtenbund dbb am Mittwoch, 11. Oktober 2023, in Berlin mit.

Zusätzlich fordern die Gewerkschaften für Nachwuchskräfte 200 Euro mehr. Die Tariflaufzeit soll 12 Monate betragen.

Die Länder wiesen die Forderungen umgehend als unbezahlbar zurück.

Die Forderungen im Überblick

Die Gewerkschaften fordern im Einzelnen:

- eine **Einkommenserhöhung um 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro monatlich**
- **200 Euro für Nachwuchskräfte** (Auszubildende, Studierende und Praktikantinnen/Praktikanten)
- unbefristete **Übernahme** in Vollzeit **von Auszubildenden** und Dual Studierenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung
- **Stadtstaatenzulage** in Höhe von 300 Euro für Berlin, Hamburg und Bremen (wegen hoher Lebenshaltungskosten in diesen Städten); für Auszubildende, Studierende und Praktikantinnen/Praktikanten in Höhe von 150 Euro
- dynamische Zulage für Pflegekräfte der ambulanten und stationären **Pflege im Vollzug** (Justiz- und Maßregelvollzug)
- für **Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst** Übernahme der Verbesserungen wie im Tarifabschluss mit den Kommunen im Jahr 2022 vereinbart (z.B. eine bessere Eingruppierung und eine monatliche Zulage)
- Tarifierung der Arbeitsbedingungen für **studentische Hilfskräfte** (z. B. Mindestlohn von 16,50 Euro und Mindestvertragslaufzeit von 24 Monaten)
- tarifliche Absicherung der bisher außertariflich gezahlten Zulage für die Beschäftigten im **Gesundheitsdienst in den Zentren für Psychiatrie** Baden-Württemberg (ZfPen)
- bessere Eingruppierung für **Beschäftigte in den technischen Berufen**
- Umsetzung der Verhandlungszusage der Arbeitgeber aus dem Jahr 2019 zu Abschnitt 3.7 Teil III der Entgeltordnung der Länder für die **Beschäftigten im Straßenbetriebsdienst und Straßenbau** der Länder

Die Laufzeit des Tarifvertrages soll 12 Monate betragen.

Forderung wie bei Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen

Bereits in die jüngste Tarifrunde für Bund und Kommunen waren die Gewerkschaften mit der Forderung von 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro mehr gezogen. Verdi-Vorsitzende Frank Werneke begründete die Übereinstimmung der Forderungen mit dem Ziel «möglichst einheitlicher Bedingungen» im gesamten öffentlichen Dienst. Nach monatelangem Ringen und einer Schlichtung standen als Ergebnis im April unter anderem steuer- und abgabenfreie Sonderzahlungen von insgesamt 3.000 Euro, ein Sockelbetrag von 200 Euro sowie anschließend 5,5 Prozent mehr.

Länder erwarten schwierige Verhandlungen

Der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel (SPD), lehnte die Forderungen ab. «Lohnerhöhungen müssen dauerhaft finanzierbar sein und das sind die heute geforderten Steigerungen nicht», sagte Dressel.

Eine Umsetzung der Forderungen würde die Länder mit rund 5,9 Milliarden Euro pro Jahr belasten, einschließlich einer Übertragung auf den Beamtenbereich rund 19 Milliarden Euro. «Die

Forderung blendet die dramatische, sich gerade jetzt zuspitzende Haushaltslage vieler Länder leider aus», sagte Dressel. Die Länder müssten gerade in diesen Krisenzeiten weiter handlungsfähig bleiben, so Dressel. Er erwarte «äußerst schwierige Verhandlungen».

Verdi: Belastungsgrenze ist erreicht

Werneke stimmte die Beschäftigten darauf ein, dass die Arbeitgeber ihnen keine ausreichende Steigerung zukommen lassen wollten. Die Gewerkschaften müssten kampfbereit sein. 300.000 Stellen seien im gesamten öffentlichen Dienst unbesetzt, die Landesbeschäftigten bildeten das Schlusslicht bei der Bezahlung. Werneke sieht die «Belastungsgrenze» in vielen öffentlichen Einrichtungen längst überschritten. Die Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft GEW, Maike Finnen, sagte, der dramatische Lehr- und Fachkräftemangel an den Schulen bringe viele Pädagoginnen und Pädagogen ans Limit. «Da muss dann zumindest das Gehalt stimmen – auch und gerade um viel mehr junge Menschen für den Lehrberuf zu gewinnen.» Dbb-Chef Ulrich Silberbach sagte: «Die Inflation frisst die Einkommen der Beschäftigten. Das müssen wir jetzt ausgleichen.»

Möglicherweise neue Warnstreiks

Wie bei den jüngsten Tarifrunden für den öffentlichen Dienst müssen sich die Bürgerinnen und Bürger wieder auf Warnstreiks in größerem Umfang einstellen. «Da ist richtig Druck auf dem Kessel», sagte der Verdi-Vorsitzende Werneke. Man bereite sich auf Warnstreiks und Aktionen vor. Bei der jüngsten Runde für die Landesbeschäftigten hatte es 2021 Ausstände unter anderem an Unikliniken, Schulen und Kitas gegeben. Angesichts der schlechten Personalausstattung seien die Kolleginnen und Kollegen der Sicherheitsbehörden und Bildungseinrichtungen erneut «auf der Zinne», sagte ddb-Chef Silberbach.

Gewerkschaften wollen Einkommensdifferenz zum TVöD beheben

Laut Verdi-Vizechefin Christine Behle würde ein Ergebnis gemäß den Forderungen bei den unteren

Entgeltgruppen ein Lohnplus von rund 18 Prozent bedeuten. Der Unterschied bei der Bezahlung in den Ländern zu Bund und Kommunen beträgt laut Verdi im Schnitt mehr als 10 Prozent. Werneke sagte: «Die Erwartungshaltung der Länderbeschäftigten angesichts der teilweise absurden Gehaltsunterschiede im öffentlichen Dienst ist hoch. Ich rate den Länderarbeitgebern dringend: Nehmen Sie diese Erwartungen sehr ernst, der Druck und oftmals auch der Frust sind groß. Die Beschäftigten wollen sich nicht abhängen lassen.» Der öffentliche Dienst der Länder könne nur mit guten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen im zunehmenden Wettbewerb um Arbeitskräfte punkten und ihn damit attraktiver machen, um Beschäftigte zu halten und neue Arbeitskräfte zu gewinnen.

Auch ddb-Chef Silberbach forderte, mit Blick auf die demografische Lage und den leer gefegten Arbeitsmarkt den Gleichklang mit Bund und Kommunen wiederherzustellen. Er ergänzte: «Wie immer erwarten wir eine umgehende und systemgerechte Übertragung jeder Tarifeinigung auf den Beamtenbereich. Erst dann wird diese Einkommensrunde abgeschlossen sein.»

Wie geht es weiter?

Ab 26. Oktober wird in Berlin für die Länder außer Hessen verhandelt, das nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) ist.

Es sind zwei weitere Verhandlungsrunden für den 2. bis 3. November sowie den 7. bis 9. Dezember 2023 in Potsdam angesetzt.

Wer ist betroffen?

Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

PR-Listenaufstellung

Am 27.09.2023 fand in dem Besuchsraum der Justizvollzugsanstalt Meppen ein Treffen für die>Listenerstellung für die Personalratswahl 2024 statt. Der derzeitige Ortsverbandsvorsitzende Burkhard Roelfes begrüßte die 51 Mitglieder und fungierte bei den anstehenden Wahlen mit Klaus Hermes als Wahlvorstand.

Nach den Ausführungen zu den Regularien der Wahlen, stellten sich viele Kollegen für die wichtige Aufgabe zur Verfügung. Die anwesenden VNSB-Mitglieder entscheiden sich für folgende Liste:

Für die Beamten:

- 1 Jan Schmitz
- 1a Mandy Kemper
- 2 Thomas Gersema
- 2a Sandra Knese
- 3 David Boldt
- 3a Tina Nüsse
- 4 Torsten Freericks
- 4a Christina Gärzen
- 5 Heinz Ruthmann
- 5a Sarah-Joy Schotman
- 6 Thorsten Kemper
- 6a Doreen Schulz
- 7 Jens Hölscher
- 7a Annemarie Dühnen
- 8 Andreas Meißner
- 8a Kathrin Jenisch
- 9 Michael Winn
- 10 Henning Außel
- 11 Manuel Wildemann
- 12 Frank Bruns



Für die Angestellten:

- 1 Ina Gügelmeyer
- 2 Daniel Pütz
- 3 Uwe Gonzales

Die JVA Meppen sieht sich somit was den VNSB angeht gut aufgestellt, um die zukünftigen Aufgaben der nächsten Legislaturperiode zu absolvieren.



Pressebericht JHV OV Göttingen 2023

Am 06.10.23 fand, die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Göttingen im Bowlingcenter Göttingen statt. Dieses Jahr stand die Abstimmung für die Aufstellung der Liste der Personalratswahlen im kommenden Jahr an.

Der Vorsitzende Frank Laufer eröffnete die Sitzung zunächst mit einer Schweigeminute für das verstorbene Mitglied Oliver Jeschke.

Nach dem Tätigkeitsbericht und dem Bericht des Kassenswartes sowie der Kassensprüfer, wurde der Vorstand einstimmig entlastet.

Der Kollege Bernd Hospes wurde zum Kassensprüfer, die Kollegin Agnes Bayer zur Kassensprüferin und Kollege Steffen Daduna zum stellvertretenden Kassensprüfer gewählt. Frank Laufer gab noch einen Ausblick auf das nächste Jahr, die jährliche Ausfahrt des Ortsverbands soll im Jahr 2024 nach Berlin in die JVA Moabit führen.

Die vom Vorstand vorbereitete Liste für die Personalratswahlen 2024 wurde einstimmig von der Versammlung angenommen. Die Kollegen Jühne, Seifert, Schmidt und Müller wurden für die 25-jährige Mitgliedschaft geehrt.



Kollege Sascha Wand berichtete aus dem Landesvorstand und die anstehenden Tarifverhandlungen, die vermutlich nicht so ausfallen werden wie der Tarifvertrag

des Bundes. Er rief nochmal alle Kollegen auf, bei anstehenden Demonstrationen, zahlreich zu erscheinen und auch bei der Wahl des Hauptpersonalrates im nächsten Jahr den **VNSB** zu unterstützen. Weiterhin berichtete er von der herausragenden Arbeit des Landesvorsitzenden bei der Erhöhung der Vollzugszulage, die ohne sein Einschreiten vermutlich für den Justizvollzug vergessen worden wäre.

Nach dem Schnitzeessen ging es dann gestärkt auf die Bowlingbahn um den diesjährigen Sieger des Tankgutscheines und des Wanderpokals zu ermitteln. Es entbrannte ein Zweikampf zwischen den Kollegen Seifert und Sikora, bei dem am Ende der Kollege Sikora denkbar knapp als Sieger die Bahn verließ. Beste Bowlerin wurde Kollegin Spath-Schönbach, die ebenfalls, wie der Sieger, einen Tankgutschein erhielt.

Ein großer Dank geht auch noch an die sehr zahlreich erschienenen Pensionäre, die, obwohl nicht mehr im aktiven Dienst, immer noch dem **VNSB** zur Seite stehen und sich auch schon für die anstehenden Demos und die Ausfahrt angemeldet haben.

Alles in allem, war es wieder ein sehr gelungener Abend bei dem aber auch klar wurde, dass ein schwieriges Jahr auf uns zukommen wird.



OV Göttingen 2023 auf Demo-Tour



Der Ortsverband Göttingen ist dem Aufruf des DBB und NBB am 23.11.2023 gefolgt und hat die beschwerliche Reise auf dem Schienennetz der Deutschen Bahn angetreten. 42 demonstrationswillige Kollegen und Kolleginnen versammelten sich, wie es sich gehört, pünktlich am Bahnhof in Göttingen.

Vor dem Finanzministerium angekommen, waren alle begeistert über die Menge an Kollegen und Kolleginnen die sich aus den verschiedensten Fachgewerkschaften getroffen hatten, um der Forderung von 10,5% oder mindestens 500€ Nachdruck zu verleihen. Ein großes Lob geht hierbei an den NBB für diese tolle Organisation. Hütten, Mützen, Schals, Warnwesten und nicht zu vergessen warme Getränke und belegte Brötchen wurden an die Demonstrierenden verteilt. Nach den wahren Worten des DBB-Vorsitzenden, Ulrich Silberbach und dem NBB-Vorsitzenden, Alexander Zimbehl, trat der Finanzminister, Gerald Heere, auf die Bühne. Trotz der Worte von Ulrich Silberbach, dass wir das Wort „Wertschätzung“

nicht mehr hören können, begann unser Finanzminister mit genau diesen.

Die Reaktion lies keine Sekunde auf sich warten und ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert begann. Um ganz ehrlich zu sein, den Rest der Rede konnte ich dann auch nicht mehr mit ganzer Ernsthaftigkeit folgen.

Ein weiterer großer Dank geht an die beiden Kollegen des Finanzministeriums, die es einer kleinen Gruppe von uns gestattet haben, vom Balkon des Ministeriums Bilder zu machen.

Nach Abschluss der Demonstration taten wir, was wir immer machen. Wir ließen den ereignisreichen Tag in der Markthalle Revue passieren.

Die Rückreise gestaltete sich auf Grund eines Störfalls im Schienennetz leider etwas problematischer, so dass einige Kollegen erst spät in der Nacht zu Hause eintrafen.

Sollte bei der nächsten Verhandlungsrunde wieder nichts passieren, stehen wir, mit noch mehr Kolleginnen und Kollegen, wieder zur Verfügung.





Vollzugsdienst-
unfähigkeits-
absicherung

Natürlich können Sie auch ohne Arbeit leben – vorausgesetzt, **es ist für alles gesorgt.**

Sie haben sich bestimmt auch an viele Dinge gewöhnt, die Ihr Leben schöner machen. Solange Sie über ein regelmäßiges Einkommen verfügen, können Sie Ihren Lebensstandard sicher auch weiterhin halten. Aber was wird aus Ihnen und Ihren Lieben, wenn Sie Ihre Arbeitskraft einmal verlieren sollten? Durch Krankheit oder Unfall – aus welchen Gründen auch immer. Lassen Sie uns darüber reden, damit für alles gesorgt ist.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
oed-service@signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

Demo in Hannover



Am 23.11. traten 8 Ostfriesen aus dem kleinen Emden ihren langen Weg nach Hannover an. Nach einer amüsanten Fahrt mit der Bahn pilgerten wir 8 Ostfriesen zum Finanzministerium, um uns dort lautstark gemeinsam mit vielen anderen Gewerkschaftsvertretern gegenüber dem Finanzminister Gehör zu verschaffen.



Die Teilnahme an der Demo in Hannover war nur möglich, weil Kollegen und Kolleginnen in der Jugendarrestanstalt Verden Abteilung Emden trotz erhöhtem Krankenstand eingesprungen sind um Dienste zu übernehmen. Dafür meinen herzlichen Dank. Damit wir uns stellvertretend für alle Ostfriesen an der wichtigen Aktion in Hannover beteiligen konnten. Ich möchte mich auch hier für die aktive Teilnahme an der Demo bei unseren Kollegen aus dem Ortsverband Ostfriesland bedanken. Kleiner Ortsverband aber gemeinsam sind wir stark.



Michael Glinkowski



Jetzt Gewerkschafts- vorteil sichern!



www.bbbank.de/dbb

Einfach den Code scannen und sofort in unsere exklusive Vorteilswelt für Mitglieder in dbb-Fachgewerkschaften eintauchen.

Antje Stets
Landesdirektorin Öffentlicher Dienst - Region Nord
Mail: antje.stets@bbbank.de
Tel.: 0162/27 30 942

Mitgliederversammlung des VNSB Ortsverbandes Ostfriesland 2023

Am 12.10.23 lud der Ortsverband Ostfriesland wieder zu seiner jährlichen Mitgliederversammlung. Zahlreiche Kollegen folgten der Einladung des Ortsverbandsvorsitzenden Michael Glinkowski und trafen sich in der Ortschaft Oldersum bei „Cassis“.

Nach einer herzlichen Begrüßung aller anwesenden Mitglieder, wurde erst einmal traditionell an das leibliche Wohl der Kollegen, in der Form eines leckeren „Snirtje Buffetts“ (beliebtes ostfriesisches Fleischgericht) gedacht.

Nach der Stärkung berichtete der Ortsverbandsvorsitzende von dem LGT in Hannover. Es wurde über die kommende Personalbedarfsbemessung informiert, welche ohne den Einsatz des Landesverbandes nie im Koalitionsvertrag des Landes übernommen worden wäre.

Ferner war auch wieder die Stellenobergrenzenverordnung ein Thema, welche der Dienstherr mit

Geld füllen muss. Es wurde über die Wahl des alten und Neuen Vorsitz im **VNSB** Landesvorstand informiert.

Weiter sind wir froh, mit dem Kollegen Werner Lübbers wieder einen Fachgruppenvertreter für den Jugendarrest wiedergewählt zu haben. Hier von meiner Stelle noch einmal herzlichen Glückwunsch. Es wurde ebenfalls über die zahlreichen Gäste aus der Politik und den Gewerkschaften berichtet und deren Vorträge zum Thema Bezahlung und Wertschätzung.

Des Weiteren hat sich der Ortsverbandsvorstand gefreut, an dem Abend eine ganz besondere Ehrung vornehmen zu können. Dem Ruhestands-Kollegen Jan Bikker konnten wir für 40 Jahre Mitgliedschaft in unseren Reihen einen besonderen Dank aussprechen. Mit einer kleinen Aufmerksamkeit und der Ehrenurkunde bedankten wir uns bei ihm.

Im Laufe des Abends wurde sich noch viel ausgetauscht. Manni (Manfred Göke) bereicherte uns noch ausführlich mit seiner Erfahrung, die er mit dem NLBV gemacht hat.

Es war wieder eine gelungene Veranstaltung, welche kurz vor Mitternacht auslief. Wir freuen uns schon auf die nächste Mitgliederversammlung im kommenden Jahr.

LG Michael Glinkowski



Der Ortsverband Sehnde wählt seine Kandidatinnen und Kandidaten für die Personalratswahlen 2024

Am 09.10.2023 hat sich der OV Sehnde im **VNSB** zu seiner Jahreshauptversammlung in der Gaststätte Erfurth in Müllingen getroffen.

Nach der Begrüßung hat Dirk Hennies über die Teilnahme an dem diesjährigen Landesgewerkschaftstag berichtet. Weiterhin wurde der aktuelle Sachstand zu den diesjährigen Tarifverhandlungen der Länder bekannt gegeben. Evelin Makrai berichtete aus ihrer Tätigkeit im Landesvorstand und den aktuellen Schwerpunkten.

Für den Ortsverbandsvorstand wurde Frau Kathrin Kroha zur stellvertretenden Vorsitzenden und Klaus Jäckel erneut zum Kassenwart gewählt.

Für 2024 ist eine gemeinsame Stadtführung mit dem Thema Fritz Harmann in Hannover geplant. Sowie ein Termin feststeht werden die OV Mitglieder eingeladen.

Für die nächsten Personalratswahlen am 27.02.2024 wurden die ersten Listenplätze gewählt.



- Dirk Hennies
- Hartmut Kampel
- Kathrin Kroha
- Ronny Fricke
- Evelin Makrai
- Michael Meischke
- Claudia Heil
- Hartmut Krüger
- Marko Küster
- Heinrich Kusnik

Die Liste wird um weitere engagierte Mitglieder ergänzt, so dass für die Personalratswahlen 2024 der Ortsverband Sehnde wieder mit einem starken und breit aufgestellten Team antreten kann.

Termine

| Datum | Veranstaltung und Veranstaltungsort |
|-----------------------|---|
| 11. 1. – 12. 1. 2024 | Treffen AG Justiz mit nds. Justizministerin – Hameln |
| 21. 11. – 23. 1. 2024 | VNSB-Klausurtagung mit Ortsverbandsvorsitzenden – Achim |
| 27. 2. 2024 | Personalratswahlen |
| 4. 11. – 5. 11. 2024 | nbb-Landesgewerkschaftstag – Hannover |

Der VNSB ist Mitglied im



Personalratsvorsitzender der JVA Uelzen trifft Betriebsratsvorsitzende von VW

Am 23./24.09.2023 fand auf dem Werksgelände der Volkswagen-AG ein Familienfest für Betriebsangehörige, deren Familien und Freunde statt. Der Personalratsvorsitzende der JVA Uelzen, Ralf Schlütemann, hatte Gelegenheit, sich einmal die schiere Größe des Volkswagen-Werkes (täglich erreichen und verlassen rund 250 Lkw und 40 Eisenbahnwaggons das Gelände) und verschiedene Arbeitsbereiche anzugucken, welche sich auf einer Fläche von 2.800.000 Quadratmetern präsentierten.



Besonderes Interesse aber galt dem Bereich, in dem sich Betriebsrat, Schwerbehindertenvertretung und Jugend- und Auszubildendenvertretung eingerichtet hatten. Und hier kam es zu der tollen Begegnung und dem schönen Austausch zwischen dem

öPR-Vorsitzenden und der Vorsitzenden des Gesamt- und Konzernbetriebsrats der Volkswagen AG, Frau Daniela Cavallo. Den vorher geäußerten noch große Tönen: „Wenn ich die treffe, spreche ich sie einfach mal an...“ mussten ja nun Taten folgen. Gesagt, getan!

So konnte Ralf Schlütemann von Daniela Cavallo u. a. erfahren, dass der Betriebsrat, Standort Wolfsburg über 73 Mitglieder verfügt, die sich Tag für Tag für rund 62.000 Kolleginnen und Kollegen, davon ca. 27.240 Beschäftigte im Leistungs- und Zeitlohn und 33.189 im Gehalt sowie 1.607 Auszubildende einsetzen. Übergreifende Schwerpunkte sind dabei Betriebsvereinbarungen; Beschäftigungs- und Zukunftssicherung; Faire Transformation und Transparenz durch den „Volkswagen – Weg“; Ausbildung, Qualifizierung & Mitarbeiterentwicklung; Arbeitsgestaltung neuer Arbeitswelten und Investitionen in die Zukunft durch Innovationsfonds. Die Mitglieder sind da, um Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen im Leistungslohn, im Zeitlohn und im Gehalt zu erreichen.

VNSB und IG Metall wurden einander bekannt gemacht.



Daniela Cavallo hörte sich im Gegenzug die Gegebenheiten der Personalratsarbeit im öffentlichen Dienst in einer Justizvollzugsanstalt an. Verbandsthemen wie Amtsgemessene Alimentation und Anhebung der Stellenobergrenze sowie deren ausstehende Ausschöpfung, Verbesserungen der Erschweriszulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten und vor allem die Initialisierung einer externen Personalbedarfsberechnung haben Interesse erzeugt.

Zur Person:

Daniela Cavallo ist Betriebswirtin und seit Mai 2021 Vorsitzende des Gesamt- und Konzernbetriebsrats der Volkswagen - AG. Nach dem Abitur 1994 absolvierte sie bei Volkswagen eine Ausbildung zur Bürokauffrau und ein berufsbegleitendes Wirtschaftsstudium, das sie zur Betriebswirtin qualifizierte. Sie engagierte sich zudem in der Jugend- und Auszubildendenvertretung.

2002 wurde Daniela Cavallo in den Betriebsrat der damaligen Volkswagen-Tochtergesellschaft Auto 5000 gewählt. Seit 2013 ist Daniela Cavallo Mitglied des Gesamtbetriebsrats von Volkswagen. 2019 wurde sie zur Stellvertreterin des langjährigen Gesamt- und Konzernbetriebsratsvorsitzenden Bernd Osterloh gewählt; am 23. April übernahm sie vorläufig seine Funktion. Sie ist die erste Frau, die die Beschäftigten des Riesenkonzerns Volkswagen als oberste Arbeitnehmervertreterin („Chefin der wohl mächtigsten Arbeitnehmervertretung der

Welt“, „mächtigste Position der Arbeitnehmerseite der deutschen Industrie“) vertritt.

Bei den Betriebsratswahlen im Jahr 2022 wurde sie mit 85,5 Prozent der von ihr angeführten IG-Metall-Liste im Amt bestätigt.

Daniela Cavallo ist Mitglied der IG Metall. Am 28. April 2023 erhielt sie den Hans-Böckler-Preis der Stadt Köln.

Passend dazu:

Erstmals wird die IG Metall von einer Frau geführt. Auf dem Gewerkschaftstag in Frankfurt wählten die Delegierten am Montag, den 23.10.2023 die bisherige Vize-Vorsitzende Christiane Benner für vier Jahre zur Ersten Vorsitzenden. Die 55-jährige Soziologin erhielt 96,4 Prozent Zustimmung, wie die Wahlkommission berichtete.

Benners Vorgänger Jörg Hofmann (67) war nach zwei Amtszeiten aus Altersgründen nicht mehr angetreten. In ihren rund 132 Jahren Geschichte hatten die IG Metall und ihre Vorgängerorganisationen bislang ausschließlich männliche Vorsitzende. Zu den ersten Gratulanten gehörte die Chefin des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Yasmin Fahimi.

Liebe Daniela, danke für das sehr nette und ausführliche Gespräch. Wie zugesagt, wenn deine Zeit es zulässt, bist du herzlich eingeladen, dir die JVA Uelzen einmal anzugucken.

Für den OV Uelzen / PR Uelzen
Ralf Schlütemann
-Vorsitzender-

Bericht vom Treffen der Personalratsvorsitzenden in der JVA Uelzen

Die Personalratsvorsitzenden der niedersächsischen Justizvollzugseinrichtungen treffen sich in der JVA Uelzen

Am 27.09. war es endlich mal wieder soweit, die Personalratsvorsitzenden der 12 niedersächsischen Justizvollzugsanstalten, der Jugendanstalt, der Jugendarrestanstalt und des Bildungsinstituts trafen sich zum gemeinsamen Austausch. Gastgeber war diesmal der PRV aus der JVA Uelzen, Ralf Schlütemann. Begrüßt wurden die angereisten Teilnehmer/innen von der stellv. Anstaltsleiterin der JVA UE, Fr. Dr. Jacob, die sich anschließend noch ausreichend Zeit für einen Austausch nahm und u. a. von der gerade begangenen Anstaltsleitertagung berichten konnte. Auf der Tagesordnung standen die für den 27.02.2024 anberaumten Personalratswahlen. Hier ging es mehr oder weniger darum, einen gemeinsamen Stand abzugleichen. Bis auf einige Ausnahmen ist leider zu verzeichnen, dass es wenig Bereitschaft unter den Kollegen/innen zur Stellung von Wahlvorständen gibt. Von daher hier der Aufruf:

Liebe Kolleginnen und Kollegen: lasst eure Personalräte bei der Bildung von Wahlvorständen nicht alleine und unterstützt ehrenamtlich. Die Schulung für Wahlvorstände ist ausgeschrieben, ihr werdet mit dieser Aufgabe nicht alleine gelassen. Es wäre kein gutes Zeichen, wenn Wahlvorstände durch die jeweilige Dienststelle einberufen werden müssten!

Der übergreifende allgegenwärtige Personal-mangel, verbunden mit einem hohen Krankenstand und schlechter Nachwuchsgewinnung, gepaart mit der Frage nach der Attraktivität des Berufes als landesweite (ja, bundesweite) Problematik war langes Thema. Bei den öPR-Vorsitzenden, als denjenigen, die an der Basis sitzen, drängt sich erneut der Wunsch nach deutlich stärkerer öffentlichkeitswirksamer Vermarktung auf. Diese Thematik muss in die Köpfe der Justiz-Landespolitik getragen werden, um nicht sehenden Auges in den Abgrund zu rennen. Die allgemeine Belastungsgrenze ist nicht nur erreicht, sondern bereits (deutlich)

überschritten. 2020 wagten die öPRV einen mutigen Schritt und erbaten seinerzeit direkt einen Termin bei der damaligen Justizministerin Havliza, in dem bereits damals auf die nun eingetretene, prekäre Lage eindringlich hingewiesen wurde. Der Gesprächsausgang war gelinde gesagt ein Reinfluss, da man von ministerieller Seite aus, die Lage anders beurteilte. Damals fast belächelt feixen die Vorsitzenden heute nicht darüber; das Verständnis, dass die Situation nicht angekom-

besseren Nutzung weiterverfolgen und die weiteren Personalräte mit einbinden.

Die Nds. ArbZVO stand anschließend noch auf dem Zettel. Warum es hier – ausschließlich für die Justiz, und nicht etwa für andere Schichtdienstleistende Institutionen – eine fast nur zum Nachteil ausgelegte Sonderverordnung gibt, beschäftigt die öPRV schon länger. Einstimmig wurde beschlossen, den Vorgang dem HPR zur Überprüfung mit-



men zu sein scheint, ist aber schon lange nicht mehr vorhanden! Bei der aktuellen Ministerin Dr. Wahlmann sind sich die öPRV zwar einig, dass deutlich mehr Interesse und Verständnis am- und für den Justizvollzug herrscht; aber so wurde man jedoch zuletzt doch auch hier deutlich enttäuscht, als auf der Prioritätenliste die Umsetzung der Stellenobergrenze – eine Möglichkeit, Personal zu halten – fehlte.

Sollten also die Vorsitzenden der örtlichen Personalräte erneut einen Vorstoß wagen, ggf. pressewirksame Schlagzeilen machen?

Weitere Themen waren der für die Personalräte kaum- bzw. nicht sinnvoll nutzbare PMV-Zugang. Kein PRV arbeitet mit dem Verfahren, weil das, was freigeschaltet ist, effektiv nicht ausreichend für die PR-Arbeit ist. Koll. Ortmann aus Vechta hat sich der Thematik angenommen und steht dazu im Austausch. Er wird das Ziel einer

zugeben, mit der dringenden Empfehlung, diese Sonderverordnung, in der es um Ausweitung der Arbeitsdauer bzw. Einschränkung der einzuhaltenden Ruhephasen geht, abzuschaffen oder stark zu überarbeiten.

Insofern wird dem gemeinsamen Treffen des HPR mit den öPRV der nds. Justizvollzugseinrichtungen am 11./12.10.2023 in Königslutter mit Spannung entgegengesehen.

Die PRV-Kollegen aus Meppen, Sascha Jerzinowski und Sehnde, Ralf Schweizer verabschiedeten sich nach langjähriger Personalratsarbeit bei dieser Gelegenheit aus dem PR-Kreis. Sie stehen beide im kommenden Jahr nicht mehr für ein Amt zur Verfügung.

Eine gute Heimfahrt wünscht – für den PR Uelzen / OV Uelzen – Ralf Schlütemann
-Vorsitzender-

Demonstration in Niedersachsens Hauptstadt Hannover – Protestaktion zur Einkommensrunde 2023

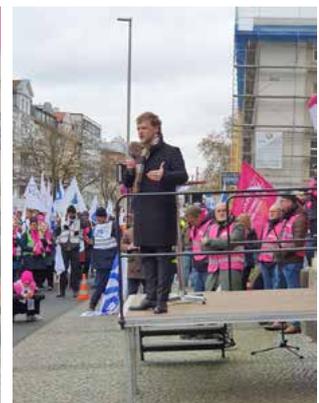


So kam es, dass sich am 23. November 2023 immerhin fünf Kollegen/innen aus dem OV UE in die Landeshauptstadt aufmachten, um mit über 2.000

Für den 7.–9. Dezember steht die dritte vereinbarte Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder an, nachdem zuvor zwei Verhandlungsrunden ergebnislos endeten. Klar, dass hier der Verband Nds. StrafvollzugsBediensteter mit von der Partie ist, wenn es darum geht, den Druck der Beschäftigten aus dem Nds. Justizvollzug zu erhöhen, wenn der Dachverband, der dbb Beamtenbund und Tarifunion, zur Kundgebung aufruft. ‚Pech‘ für den **VNSB**-Ortsverband Uelzen, wenn man ein Landesvorstandsmitglied mit in den eigenen Reihen hat, welches unermüdlich die Werbetrömmeln rührte und nicht locker ließ, die Massen zu mobilisieren.

Beschäftigten der verschiedenen Mitgliedsverbände gemeinsam vor dem Finanzministerium für ihre Forderungen nach 10,5 %, mindestens 500,- € mehr im Monat zu demonstrieren. „10,5 Prozent“ wurde einheitlich und lautstark skandiert und machte somit gleich deutlich: „darunter geht eigentlich nichts...!“

„Kaum ein Tag vergeht, ohne dass Medien vom dramatischen Personalmangel im öffentlichen Dienst berichten. Überall zeigt sich das gleiche traurige Bild – der Staat wurde auf Verschleiß gefahren und die noch vorhandenen Kollegen/innen gehen auf dem Zahnfleisch. Zum Dank wollen die Länderchefs sie jetzt auch noch mit den





dieser Stelle auch nicht zu schreiben; die Anwesenden wissen Bescheid. Es bleibt

Folgen der Inflation alleine lassen“, so Volker Geyer, der dbb Fachvorstand Tarifpolitik. Und weiter: „Das ist keine Wertschätzung, das ist eine Unverschämtheit gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und gegenüber der Bevölkerung, die sich gerade in diesen unsicheren Zeiten mehr denn je einen handlungsfähigen Staat wünscht.“

„Die Arbeitgeber haben in zwei Verhandlungsrunden kein Angebot vorgelegt. Das ist keine Personalgewinnung, das ist Personalabschreckung!“ So die deutlichen Worte von Alexander Zimbehl, dem Vorsitzenden des NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, der damit den Blick auf die schwierige Gewinnung von Nachwuchs und Fachkräften für den öffentlichen Dienst verdeutlichte. Weitere starke Worte: „Wir erwarten vom niedersächsischen Finanzminister Gerald Heere, dass das Ergebnis nach den Tarifverhandlungen ohne Wenn und Aber auf die Beamten/innen übertragen wird. Erst dann ist diese Einkommensrunde abgeschlossen!“

FM Heere macht den Demonstrierenden immerhin seine Aufwartung und gab eine Erklärung ab. „Wertschätzung...“ und weiter braucht man an

abzuwarten, ob von o. g. Worten was mitgenommen wurde.

Ich komme auf den Anfang meines Berichtes zurück. Sind fünf mitreisende Kollegen/innen eigentlich eine ordentliche Zahl oder doch eher wenige? Man bedenke: es ging um UNSER Geld und Einkommen! Darüber darf sich jeder natürlich seine eigenen Gedanken machen. Gerne danke ich an dieser Stelle aber denjenigen Kollegen/innen, die für uns die Fahne auf der Dienststelle hochgehalten haben. Und man muss auch sagen – und da sind wir wieder bei der Personallage – vielmehr Entbehrlichkeit ist aktuell eben auch schon fast nicht mehr drin.

Fünf Kollegen/innen aus dem **VNSB**-Ortsverband Uelzen haben aber viel Spaß miteinander gehabt, den selbst das „Stranden“ mit der Bahn aufgrund eines Oberleitungsschadens nicht trüben konnte. Die Rückfahrt mit dem „Taxi“ bleibt legendär und wird in die Annalen des Ortsverbandes eingehen! Danke für euren Einsatz – wir bleiben dran.

Für den OV Uelzen
Ralf Schlütemann, Vorsitzender

Änderung des Ortsverbandes – der Anschrift – der Amtsbezeichnung / Bes.-Grp.

| | | |
|-----------------------|-------------------------|--------------------------|
| | | |
| Name | Vorname | Geburtsdatum |
| | | |
| bisheriger / neuer OV | bisherige / neue JA/JVA | neue Amtsbez. / Bes.-Grp |
| | | |
| Alte Anschrift / PLZ | Straße | Wohnort |
| | | |
| Neue Anschrift / PLZ | Straße | Wohnort |

| | | | |
|-----------------------|------------|--------------|----------------|
| | | | |
| Gültige Telefonnummer | Fax-Nummer | Handy-Nummer | E-Mail-Adresse |

Änderung der Bankverbindung

| | |
|---|------------------|
| | |
| IBAN | BIC (SWIFT-Code) |
| | |
| Kontoinhaber: Name, Vorname (falls abweichend vom Mitglied) | |

Die voranstehenden Angaben sind gültig ab dem:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten an die Kooperationspartner des **VNSB** weitergegeben werden können. Bei Auszubildenden / Anwärtern ist wegen der zusätzlich kostenlos versicherten Risiken die Zustimmung Voraussetzung für eine Leistungsgewährung. ja nein

| | | |
|------------|-----------------------|---------------------------|
| | | |
| Ort, Datum | Unterschrift Mitglied | Unterschrift Kontoinhaber |

| | |
|--|---|
| | |
| Eingangsdatum – Namenszeichen – notiert OV | Eingangsdatum – notiert – Landesschatzmeister |

Unsere Fachgruppenvertreterinnen und Vertreter im VNSB

- **Fachgruppenvertreter des Allgemeinen Justizvollzugsdienstes**
Marco Kohrs
fgv-avd@vnsb.de
- **Fachgruppenvertreter des Verwaltungsdienstes der Laufbahngruppe 1, Einstiegsamt 2**
Alois Plagemann
fgv-verwaltungsdienst@vnsb.de
- **Fachgruppenvertreter des Werkdienstes**
Daniel Möller
fgv-werkdienst@vnsb.de
- **Fachgruppenvertreterin der weibliche Bediensteten**
Katharina Starke
- **Fachgruppenvertreter der Bediensteten mit Einschränkungen**
Horst Peltzer
fgv-schwerbehinderte@vnsb.de
- **Fachgruppenvertreter der Anwärterinnen und Anwärter**
Markus Ewert
fgv-anwaerter@vnsb.de
- **Fachgruppenvertreter der Ruhestandsbediensteten**
Michael Haustein
fgv-pensionaere@vnsb.de
- **Fachgruppenvertreter der Jugendarrestanstalten**
Werner Lübbers
fgv.jugendarrest@vnsb.de
- **Fachgruppenvertreter der Tarifbeschäftigten**
Hartmut Kampel
- **Fachgruppenvertreter der Laufbahngruppe 2, Einstiegsamt 1 und 2 (ehem. geh. u. höh. Dienst)**
vakant

**Vorsitzender:**

Oliver Mageney
Tel.: 04761-80880
Mobil: 0171-2420277
Oliver.Mageney@vnsb.de

**Stellvertretende
Vorsitzende:**

Eveline Rebekka Makrai
Tel.: 05138-500
Eveline-Rebeka.Makrai
@vnsb.de

**Landesschriftführer:**

Ralf Schlütemann
Tel.: 05821-9924918
Mobil: 0173-2146967
Ralf.Schluetemann@vnsb.de

**Stellvertret. Vorsitzender
mit geschäftsführenden
Aufgaben:**

Sascha Wand
Mobil: 0175-9714393
Sascha.Wand@vnsb.de

**Landesschatzmeister:**

Thomas Gersema
Tel.: 05931 – 29076
Mobil: 0176-11446667
Thomas.Gersema@vnsb.de

**Verband
Niedersächsischer
Strafvollzugs-
bediensteter (VNSB)**

Rechtschutzstelle@
vnsb.de

Redaktion@vnsb.de

Ortsverbandsvorsitzende

Burgdorf

Uwe Ufferfilge, Peiner Weg 33, 31303 Burgdorf

Bremervörde

Oliver Mageney, Am Steinberg 75,
27432 Bremervörde

Celle

Dorina Vasel, Trift 14, 29221 Celle

Emsland

Burkhard Roelfes, Grenzweg 39, 49811 Lingen

Göttingen

Frank Laufer, Am Großen Sieke 8, 37124 Rosdorf

Hameln

kommissarisch Thorsten Weidemann, Tündernsche
Str. 50, 31789 Hameln

Hannover

Rüdiger Giermann,
Schulenburg Landstraße 145, 30165 Hannover

Lüneburg

Frank Jarcho, Am Markt 7 c, 21335 Lüneburg

Oldenburg

Rainer Schimmelpenning,
Cloppenburger Str. 400, 26133 Oldenburg

Ostfriesland

Michael Glinkowski, Riepster Weg 13,
26802 Moormerland

Sehnde

Dirk Hennies, Schnedebruch 8, 31319 Sehnde

Uelzen

Ralf Schlütemann, Breidenbeck 15, 29525 Uelzen

Vechta

Axel Elster, Zitadelle 17, 49377 Vechta

Wolfenbüttel

Dirk Schmidt-Salewski, Ziegenmarkt 10,
38300 Wolfenbüttel

Postvertriebsstück – Entgelt bezahlt DP AG

Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter
Berliner Ring 14 · 27432 Hipstedt

VNSB · Berliner Ring 14 · 27432 Hipstedt · ZKZ 68742, PVSt., DP AG, Entgelt bezahlt

